

Völung der großen nationalen und sozialen Fragen, wird es sich das Volk, die breite Masse, zum Schuhwall schaffen und damit Rettung finden vor der Reaktion. Sie ist die Gefahr, nicht die Obstruktion. Niemals haben innere Konventikel, Parlamentskünste oder gar Ministerpräsidenten ein Parlament des allgemeinen Wahlrechts gerettet, sein Bestand ist nur denkbar, wenn die Volksmassen in wenigstens einer Partei des Hauses den aufrechten Vertreter der Volksinteressen seien.

Unsere österreichische Bruderpartei richtete gestern ein Manifest an die Völker aller Nationen Österreichs, das im wesentlichen diese Gedankengänge spiegelt. In dem Manifest heißt es unter anderem:

Wiederum ist die Tagung des Reichsrats geschlossen worden, ohne daß die Volksvertreter auch die geringste Erkrungshilfe dem arbeitenden Volke bringen können. Nichts hat das Parlament gegen die durchbare Verkürzung der Lebensmittel getan, nichts zur Milderung der Wirtschaftskrisis, keinen Fortschritt der Arbeitsmarktreform können wir verzeihen, die Verhandlung der Sozialversicherung ist über die ersten Schritte nicht hinausgekommen. Voll des Zornes der enttäuschten Hoffnung berichten wir euch über die lehle Tagung des Parlaments. Die bürgerlichen Parteien haben sich als unfähig erwiesen, diesen Staat zu regieren! Sie haben es versucht, sich gegen die Sozialdemokraten zu vereinen — aber sie konnten sich miteinander nicht vertragen. Dann haben sie begonnen, einander zu bekämpfen — nun können sie nicht arbeiten. Das Volk fordert Arbeit und Brot — sie vergieben die Zeit mit unfruchtbarem Zank. Sie können nicht miteinander und nicht gegeneinander regieren, der Nationalen Recht nicht erstreiten und den nationalen Frieden nicht herstellen und wenn ihr von ihnen fruchtbare soziale Arbeit fordert, antworten sie euch mit unfruchtbaren nationalen Phrasen. Von ihnen kann ihr keine Hilfe erwarten! Hilfe kann es nur werden aus den Massen des arbeitenden Volkes selbst. Jeder von euch muß nun zum Agitator werden, der seine Nachbarn, seine Arbeitskollegen die Ursachen des Scheiterns des Parlaments verdecken lehrt! Ihr müßt das ganze Volk erkennen lehren, daß nur eine Partei den Kampf führen kann gegen die agrarische Bucherpolitik, gegen die Verstörer des Parlaments, gegen die vollständige Regierung. Sammelt euch unter der roten Fahne zum Kampf für Brot und Arbeit, für das Recht unserer Freiheit und Klarheit, für den freien Völker freien Bund!

Der österreichischen Sozialdemokratie ist es gegeben, die Fahne „für den Völker freien Bund“ aufzupflanzen inmitten des Chaos dieses Nationalitätenwahnstuns. Sie wird so und nur so die unfruchtbaren nationalen Phrasen aus dem Wege räumen, die die fruchtbare soziale Arbeit hindern. Mit der Forderung nach großen Leistungen wird sie den Massen zeigen, daß im Parlament große Fragen Lösung finden können und so wird sie dem Parlament im arbeitenden Volke einen Schuhwall geben. Das österreichische Parlament stirbt an der Jämmerlichkeit einer elenden Couloirdiplomatie, es kann nur erhalten werden durch die rücksichtslose, man möchte sagen undiplomatische Vertretung der größten Volksinteressen.

Reichstag.

281. Sitzung. Montag, 12. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Sydow, v. Bethmann-Hollweg, Kräuse, v. Schön, Dernburg.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die zweite Lesung des Befolungsgesetzes.

Die Bundesratsvollmächtigen von Hamburg, Württemberg und Sachsen bebauen, daß Hamburg, Stuttgart, Dresden und Leipzig nicht in eine höhere Servitalklasse versetzt werden sind.

Abg. Drösser (konf.) erstattet den Bericht und verteidigt den Umfall.

Schahret Sydow preist die hingebende Arbeit der Kommission, die Befolung des großen Werkes (Lachen links) und den Patriotismus und die Pflichttreue der deutschen Beamten, von denen indes nicht zu willigen sei, daß sie sich in Petitionen an den Reichstag wenden. (Zustimmung rechts; Lachen und Widerspruch links.) Durch weitergehende Aenderungen des Reichstags würde nur das Werk gefährdet werden.

Abg. Röpsch (freil. Bp.): Gewiß muß unter den Beamten Disziplin herrschen, aber ihr Versammlungs- und Petitionsrecht muß unbedingt aufrecht erhalten bleiben. (Schr richtig! bei den Freien.) Die Notwendigkeit der Gehältererhöhung ist durch die allgemeine Lebensmittelsteuerung veranlaßt worden. Und diese Steuerung schont den Kreisen Vorteile in die Tasche, die erst eben wieder geweckt haben, einen Anteil an den Reichstagslasten auf sich zu nehmen. (Lebhafte Schr richtig! links.) Die durch die Steuergesetzgebung des neuen Blocks am härtesten ge troffenen Unterbeamten werden in dieser Vorlage am schlechtesten gestellt, die nichts ist als ein Stück- und Stückwert des Plauschmachers des schwarzbunten Blocks. (Bravo! links.)

men der eisernen Oeden nötig war. Unteroffizier Beier war auf ihn nicht gut zu sprechen. Wiederholte schickte er den jeweiligen Stubendiensthabenden zum Kohlenempfangen, was nur selten von Erfolg war. Meistens, um sich bei seinem Korporalschaftsführer beliebt zu machen, wußte sich Kohlen zu verschaffen. Woher er sie hatte, interessierte Unteroffizier Beier wenig. Die Haupt sache war, daß die Stube warm wurde.

Mit großer Aufregung unter den Rekruten begannen die Schießübungen auf dem Scheibenstand. Jeder sah sein bestes Können ein; denn sie wußten, daß von ihren Schießleistungen die weitere Behandlung abhängig gemacht wurde. Für viele galt der in Aussicht stehende Weihnachtsurlaub als Ansporn ihrer Ausmerksamkeit.

Wie groß war die Freude der Rekruten, denen beim Dienstverlesen mitgeteilt wurde, ihr Urlaubsgesuch sei bewilligt worden. Beck und Weidmüller von Volters Korporalschaft mußten in der Garnison bleiben. Wie gern wären sie mitgefahrene!

Deine und leer sah es während der Feiwoche im Kom pagnierevier aus.

Eine Freiheit hatten die Zurückgebliebenen doch. Sie durften frei ausgehen — ohne Begleitung des Korporalschaftsführers.

Volter fühlte sich so erleichtert auf dem ersten Spaziergang — ganz allein — am Nachmittage des ersten Feiertags, daß er planlos über die verschneiten Felder schritt, die rings um die Garnison lagen. Tief atmete er auf. Endlich einmal eine Stunde, wo er keine Kasernenhof sah, keine Festungsmauern, keinen Dienst! . . .

In gehobener Stimmung trat er den Rückweg an. In der Stadt tönte ihm aus einigen Bierlokalen der lärmende Gesang zurückgebliebener Soldaten entgegen, die beim Bier in heiterer Gesellschaft sich für den nichtbewilligten Urlaub entschädigen wollten. Ganz einem besetzten

Abg. Dr. Spahn behauptet unter Heiterkeit der Linken, daß seine Fraktion in der Beamtenfrage nicht umgefallen sei.

Abg. Beck (nat.-lib.): Wir bedauern die Herabsetzung der Ansangsgehalter in der endgültigen Kommissionslösung. Den Soldaten ist mit einer wirklichen Solde erhöhung, aber nicht mit Resolutionen geboten, die vielleicht nächstes Jahr wieder für belanglos erklärt werden. (Schr richtig! links.) Wir müssen die Beamten so stellen, daß sie der dringendsten Sorgen enthoben werden. (Bravo! bei den Nat.-Lib.)

Abg. Singer (Soz.): Es ist begreiflich, daß die Vertreter der einzelnen Städte diese in höhere Servitalklassen versetzen wollen. Aber in diesem Stadium der Einberufung ist an eine sachliche Prüfung solcher Anträge, die jetzt in Höhe auf uns niedergekommen, nicht zu denken. Ich freue mich über den Widerstand der Bundesvertreter von Hamburg, Württemberg und Sachsen gegen die Kommissionsvorlage, hätte aber gewünscht, daß dieser Widerstand sich auch gegenüber den Steuervorlagen geltend gemacht hätte. (Schr richtig! bei den Soz.) Nun zur Befolungsvorlage. Dem Unannehmbar der Regierung in Sachen der Finanzreform setzte die Mehrheit unbedingten Widerstand entgegen; aber dem Unannehmbar der Regierung gegenüber Unterbeamten und Postassistenten steht ich der konservativen Klientel Blod (Zuruf bei den Soz.: Inselsblod!), wie auf Kommando Einschwenken der Unteroffiziere. Wenn der Reichstag einmütig an den ursprünglichen Kommissionsbeschlüssen festgehalten hätte, würde die Regierung nachgegeben haben. Denn welcher Wert dem Unannehmbar dieser Regierung beizumessen ist, wissen wir doch alle. (Schr gut! links.) Die Reichstagssitzungsordnungen wissen besser Bescheid mit den Lebensverhältnissen der Beamten, als die Herren Gehirnräte. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Deckung wäre schon zu schaffen: bringe die Regierung nur neue, aber wirkliche Beschlüsse ein. Alles Vertrauen der Beamten zum Reichstage wird schwinden, wenn die feierlichen Versprechungen nicht gehalten werden. Freilich würden diese Versprechungen gegeben, als eine Auslösung in Sicht stand; jetzt, wo die Gesetze vorüber, wird die Erfüllung der Versprechungen nicht mehr für notwendig gehalten. (Schr wahrs! bei den Soz.)

Der Unfall der Mehrheit ist blamabel für den Reichstag und muß das Ansehen des Parlaments beim Volke schwächen. (Schr richtig! bei den Soz.) Auf das entschiedenste muß protestiert werden gegen die petitionfeindlichen Aufführungen des Schatzmeisters. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Wenn die Regierung nicht will, daß die Beamten an den Reichstag petitionieren, dann bringe sie selbst Vorlagen mit anständigen Befolungsfällen. (Schr wahrs! links.) Daß man vom

Bundestatsamt und mit Milliardenziffern imponieren will, ist geradezu widerlich; daß die Befolung der Beamten Unsummen kostet, da Deutschland ein großes Beamtenheer gebraucht, versteht sich von selbst. Die Frage ist die, wieviel entsfällt auf den einzelnen Beamten, und da steht denn fest, daß die Befolung der Unterbeamten eine geradezu minimale ist. Zuerst waren ja auch die Konservativen durchaus bereit, über die Gehaltsförderung bei den Postbeamten und Unterbeamten hinausgehen und den Soldaten die wahrhaft minimale Ausgabe von 8 Pf. zu geben. Heute sind Konservative und Zentrum ungemessen und versogen Unterbeamten, Assistenten und Soldaten die Erfüllung der Versprechungen, während sie bei Offizieren und höheren Beamten über die Gehaltsförderung hinausgehen. Wir unsrerseits gönnen den legieren ja ihre Zusagen und würden für sie stimmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch an den ursprünglichen Kommissionsfällen für Assistenten und Unterbeamte und an der Erhöhung der Soldatenlhöhe festgehalten wird. (Schr richtig! bei den Soz.) Geschicht das nicht, so müssen wir gegen die über die Vorlage hinausgehenden Sätze für höhere Beamte und Offiziere stimmen. (Schr richtig! bei den Soz.) Der Reichstag sollte wahrhaftig nicht sich an den Widerstand Preußens, des Rates alter Hindernisse, lehnen und die Mehrheit, die eben der Regierung 500 Millionen zugeschanzt hat, sollte sich mit und vereinigen, um die Regierung zu einer Nachgiebigkeit in Sachen der Beamtenvorlage zu bewegen. Einem einmütigen Votum des Reichstages wird der Bundesrat keinen Widerstand entgegenbringen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Finanzminister v. Rheinbaben wirkt den Sozialdemokraten agitatorisches Treiben und Vorspiegelung einer Kata Morgana vor und feiert die Leistungen der deutschen Sozialpolitik. Diese habe die bestehenden Klassen und den Staat mit so hohen Ausgaben belastet, daß sie die Beamten eben nicht mehr gelten werden kann, als in den Kompromißantreichen enthalten ist, um deren Annahme er bittet. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Kamp (Reichsp.): Die Linke verlangt Ausgaben und verwirkt Einnahmen. Die Sozialdemokraten im preußischen Abgeordnetenhaus sind viel verunsicherter als die Sozialdemokraten im Reichstage. (Zustimmung rechts; Lachen bei den Soz.)

Abg. Drösser (konf.): Das Unannehmbar der Regierung gegenüber der Beamtenbefolung hatte eine ganz andre Bedeutung als bei der Finanzreform. (Lebhafte Aha! Aha! links.) Die Anträge der Linken haben nur agitatorischen Wert. Von einem Umfall der Rechten kann gar keine Rede sein. (Lachend Lachen links; lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. v. Brudzewo-Wieczynski (Pole) spricht sich für die Kommissionsbeschlüsse aus.

Abg. Lattmann (wirtschaftl. Bp.): Die Beamten empfinden die Anträge der Linken als Dohm. (Sturmisches Gelächter links.)

Freilich haben sie auch eine gewisse Veranlassung, sich über den ganzen Reichstag zu beschweren, da ihnen Verpflichtungen nicht erfüllt worden sind (Zuruf links: Na also!), während doch 104 Abgeordnete im vorigen Jahre an dem Bandtag der Postbeamten teilgenommen haben. (Hört, hört bei den Soz.)

Reichsbahnssekretär Sydow: Einstimmig hat heute der Bundesrat beschlossen, daß ein Hinausgehen über die Kommissionsbeschlüsse ein Scheitern der Befolungsvorlage zur Folge haben würde. (Zuruf bei den Soz.: Das ist heute die Bundesratsansicht! Große Heiterkeit.)

Abg. Bruhn (Antif.): Wirkt der Linken Verhebung vor. (Zuruf links: Sie Herausgeber der „Wahrheit“.)

Hiermit schließt die Diskussion. Es beginnt die Spezialberatung. Ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) verlangt Feststellung des Gehalts der Nachtwächter bei den Reichsämtern von 1100 bis 1800 Mark, und ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangt Feststellung des Gehalts der Unterbeamten der Landesbriefträgerklasse auf 1200 M. bis 1800 Mark.

Abg. Eimel (Soz.): Die betreffenden Beamtenklassen beziehen in Bayern und Württemberg zum Teil sogar Sähe, die über unsern Antrag hinzu gehen. (Hört, hört bei den Soz.) Man muß diesen Beamten, die zum Teil sehr verantwortungsvolle Stellen bekleiden, ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. (Schr wahrs! bei den Soz.) Das Zentrum sollte sich um so mehr dafür einsetzen, als sein Mitglied Herr Will-Schuburg die einschlägigen Petitionen selbst überreicht hat. (Hört, hört bei den Soz.) Was die Deckung betrifft, so sind wir gern bereit, für sie zu sorgen, allerdings nur auf dem Wege direkter Steuern, die durch die Beschlüsse der Steuermehrheit vergrößerte Teuerung zwinge geradzu zum Hinausgehen über die Kommissionssätze. (Schr wahrs! bei den Soz.) Mit den angeblichen sozialpolitischen Unternehmerlasten haben die Beamtengehälter nichts zu tun. Die Sozialdemokraten im preußischen Abgeordnetenhaus haben darum keine Abänderungsanträge gestellt, weil sie dort völlig machtlos sind und demgemäß ihre Anträge aussichtslos gewesen wären. (Schr wahrs! bei den Soz.) In der Kommission sind unfreie Anträge bereits angenommen worden. Von Unabhängigkeitsarbeit kann also keine Rede sein. Möge sich das Haus nicht durch das Unannehmbar der Regierung, das eine leere Ausrede ist, von der Annahme unserer Anträge abhalten lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Der Antrag Albrecht auf Besserstellung der Nachtwächter wird abgelehnt. Der Antrag Beck (nat.-lib.) auf Besserstellung der Schaffner und Bremser wird mit 172 gegen 161 Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Besserstellung der Magazin- und Bureaubeamten usw. wird in namentlicher Abstimmung mit 202 gegen 47 Stimmen abgelehnt, ebenso eine Reihe weiterer Anträge in weiterer Abstimmung. Dagegen wird ein Antrag Beck-Albrecht auf Zusammenziehung mehrerer Gehaltsklassen mit 200 gegen 184 Stimmen angenommen.

Nach Ablehnungen weiterer Anträge Albrecht wird ein Antrag Beck-Albrecht auf Gehaltsförderung der Postunterbeamten durch Linke, Antisemiten und einen Teil des Zentrums angenommen. Ebenso in namentlicher Abstimmung ein Antrag Beck-Albrecht auf Erhöhung des Endgehälts der Bureaubeamten der Postverwaltung, Oberpostassistenten, Werkmeister, Eisenbahnbetriebssekretäre usw. Der Rest der Befolungsvorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die zahlreichen Anträge auf Verbesserung von Städten in höhere Servitalklassen werden auf Antrag Bassermann (nat.-lib.) einstimmig den verbündeten Regierungen zur Prüfung und Erwögung überwiesen.

Das Gesetz über die Schankgefäß wird mit einem bis zum 1. Oktober 1913 Ausnahmen gestattenden Antrag Neumann-Dofer, für den sich auch Abg. Zubell (Soz.) ausspricht, angenommen.

Das Gesetz über Veteranenbeihilfe wird debattlos einstimmig angenommen.

Hierauf verzogt sich das Haus auf Dienstag 10 Uhr. (Hierzu zehn dritte Lesungen, darunter Befolungsvorlage, Wahlprüfungen usw.)

Ende der Partei.

Christliche Demokraten und Sozialdemokratie. Nachdem wiederholte Angehörige der christlichen Demokratie, deren bekanntester Vertreter der Priester Murr ist, den Antrag um Aufnahme in die italienische sozialistische Partei gestellt hatten, hat der italienische Parteivorsitz in seiner Sitzung vom 8. Juli über die Frage beraten und mit allen gegen eine Stimme die folgende Tagesordnung angenommen:

Unter Berufung auf die Traditionen der sozialistischen Propaganda, die immer neben den ökonomischen Voraussetzungen des Sozialismus auch dessen philosophische zu verbreiten befreit war, erklärt der Vorsitz der sozialistischen Partei, daß, bei aller Ablehnung inquisitorischen Eindringens in die innere Überzeugung des einzelnen, die Verbreitung philosophischer Ideen mit dem Eintritt in die sozialistische Partei unvereinbar ist, wenn diese Ideen in direktem Gegensatz stehen zu denen, die die sozialistische proletarische Bewegung begleitet

„Und ich hab genau so gut geschossen wie Gresser und mußte auch dableiben!“ rief Weidmüller.

„Ah, lassen wir die dumme Urlaubsgeschichte ruhen!“ rief Volter. „In zwei Jahren sind wir wieder frei! Dann haben wir Urlaub, soviel wir wollen.“

„Da hast du recht, Volter. Wir wollen überhaupt gar nicht daran denken! Die Zeit wird schon vorübergehen.“

Die Geschäftsräte der vom Urlaub zurückgekommenen Rekruten waren beim ersten Dienst nichts weniger als heiter. Unteroffizier Beier war an dem Tag zur Wache kommandiert, und seine Korporalschaft mußte Sergeant Schneider übernehmen. Der Lieutenant, dem Beier durch seinen Urlaubsvorstand Interesse eingeschöpft hatte, rief ihn während des Dienstes zu sich.

„Warum sind Sie nicht auf Urlaub gefahren?“ fragte er ihn. „Hatten Sie kein Geld?“

„Ich hatte Geld, Herr Lieutenant.“

„Ach, warum nicht?“

„Weil mir zu weit war auf fünf Tage.“

„Haben Sie Verwandte?“

„Näherte nicht.“

„Wo wären Sie denn hingefahren?“

„Zu meiner Braut.“

„Ist die hübsch?“

„Für mich genügend!“

„Sol — Treten Sie ein.“

Als er wieder zur Korporalschaft zurückgekommen war, fragte ihn Sergeant Schneider neugierig: „Was wollte denn der Lieutenant von Ihnen?“

Er fragte mich, wie mir geht, Herr Sergeant!“

Volter dachte, wenn ich so tue, als ob ich der Lieutenant mein Befinden interessiert, wird mich vielleicht Sergeant Schneider mit einer größeren Rüfung bestrafen.